



Bundesverband der deutschen
Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.

Pressemitteilung

Rüstungsexportbericht 2015 schafft Transparenz

Der Hauptgeschäftsführer des BDSV, Georg Wilhelm Adamowitsch zu dem am 06. Juli 2016 durch die Bundesregierung verabschiedeten „Rüstungsexportbericht 2015“:

Der Bericht für 2015 gibt umfassend Auskunft über die Genehmigungen von Ausfuhren von Rüstungsgütern. Er erfüllt damit die politischen Forderungen nach mehr Transparenz, schützt aber zugleich die vom Bundesverfassungsgericht bestätigten Betriebs- und Geschäftsbelange zum Schutz der Unternehmen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Auch die jüngsten Entscheidungen der Bundesregierung haben deutlich gemacht, dass eine sorgfältige Beurteilung der außen- und sicherheitspolitischen Lage diesen Entscheidungen zu Grunde gelegt wurde.

Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie erwartet von der Bundesregierung eine möglichst langfristige und einheitliche Verwaltungshandhabung in der Exportkontrollpolitik. Wechsel in der Anwendung von Einzelfallbeurteilungen gefährden das teilweise über viele Jahre aufgebaute Verhältnis zu unseren Partnern in der EU und der NATO. Wer von Seiten der Politik eine stärkere europäische Konsolidierung verlangt, muss zugleich auch im Exportbereich Vorschläge für entsprechende europäische Lösungen machen. Daran hat es zuletzt gefehlt.

Wenn ein europäischer Kooperationspartner ein Rüstungsgut mit deutschen Komponenten in ein Drittland exportieren will, ist dazu die Genehmigung der Bundesregierung nötig. Bei einigen Partnern unserer Unternehmen soll es inzwischen Überlegungen geben, Rüstungsgüter ohne deutsche Zulieferung als "German-free"-Produkte auszulegen, um nicht auf eine Genehmigung der Bundesregierung angewiesen zu sein. Das behindert jegliche Bemühungen in Richtung einer auch von der Bundesregierung angestrebten Kooperation mit unseren Partnernationen.

Daher brauchen wir dringend eine harmonisierte Rüstungsexportpolitik im Rahmen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der Europäischen Union, wie dies zuletzt die Hohe Beauftragte Federica Mogherini in ihrer „EU Global Strategy on foreign and security policy“ auf der letzten Sitzung des Europäischen Rates gefordert hat.

Berlin, 06.07.2016